

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

98. Sitzung

und

## **Wirtschaftsausschuss**

55. Sitzung

am Mittwoch, dem 2. April 2003, 13:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 249 der CDU-Fraktion

**Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses**

Ursula Kähler (SPD) Vorsitzende  
Wolfgang Fuß (SPD)  
Renate Gröpel (SPD)  
Günter Neugebauer (SPD)  
Hans-Jörn Arp (CDU)  
Werner Kalinka (CDU) in Vertretung von Klaus Klinckhamer  
Berndt Steincke (CDU)  
Rainer Wiegard (CDU)  
Dr. Heiner Garg (FDP)  
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses**

Roswitha Strauß (CDU) Vorsitzende  
Birgit Herdejürgen (SPD)  
Uwe Eichelberg (CDU)  
Brita Schmitz-Hübsch (CDU)  
Dr. Johann Wadephul (CDU)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Die Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Kähler, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, zur Verselbstständigung der Investitionsbank und zur Verwaltung der Landesliegenschaften**

Gesetzesentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/2448

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den Finanzausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und Wirtschaftsausschuss)

hier: Beratung über den Komplex „Verwaltung der Landesliegenschaften“ mit der Geschäftsführung und dem Personalrat der GMSH

Auf eine Frage von Abg. Wiegard erläutert St Döring, es sei geplant, die Verbindung zwischen GMSH und LVSH auf dem Wege der Organleihe vorzunehmen. Dies bedeute, dass es zwei Anstalten geben werde, wobei die LVSH im Grunde über kein eigenes Personal verfüge.

In Antwort auf eine Frage der Abg. Schmitz-Hübsch antwortet Dr. Speck, Geschäftsführer der GMSH, das bisherige Dreiecksverhältnis zwischen der GMSH, der Investitionsbank und dem Land Schleswig-Holstein werde mit dem neuen Modell aufgelöst. Hierzu sei die Personalunion von GMSH und LVSH notwendig. Der Nutzer vor Ort werde nur noch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GMSH in Kontakt stehen.

Auf eine Nachfrage von Abg. Schmitz-Hübsch ergänzt St Döring, das restliche Personal der Investitionsbank werde von der Landesbank übernommen, wobei es sich hierbei lediglich um eine Person handle.

Bezugnehmend auf die Frage des Abg. Wiegard zu den in Umdruck 15/2409 genannten vier Positionen zur Einsparung von insgesamt rund 1,5 Millionen € erläutert Dr. Speck zunächst den Bedarf für die Verwaltung der Portfolios. Dabei sei berücksichtigt worden, dass es bereits einen Vermietungs- und einen Bewirtschaftungsprozess gebe, bei dem der Eigentümer stets einzubinden gewesen sei. Nunmehr werde der Bau- oder Bewirtschaftungsprozesses mit dem

gegebenen Personal durchgeführt. Für die Zukunft könne Doppelarbeit ausgeschlossen werden, die in der Vergangenheit einen großen Umfang gehabt habe. Ziel sei es, im Rahmen des Portfoliomanagements - einschließlich der übergeordneten Kosten wie zum Beispiel für Gebäudemanagement und IT-Unterstützung - mit der Summe von 600.000 € auszukommen. Als zeitlicher Horizont seien zwei Jahre realistisch. Er, Dr. Speck, biete an, den Prozess transparent darzustellen.

St Döring ergänzt, es werde künftig für die LVSH einen gesonderten Wirtschaftsplan geben, sodass alle Zahlen nachvollzogen werden könnten.

Zu den Synergievorteilen bemerkt Dr. Speck, diese würden sich bei den Regiekosten auf 20 % belaufen. Im Vermietungsbereich würden die Einsparungen 15 % der Verwaltungskosten betragen. Im Bereich der Bewirtschaftung seien es 3 %. Insgesamt ergäben sich somit Einsparungen von rund 920.000 €.

Zu dem mit der Investitionsbank abgeschlossenen Vertrag führt Dr. Speck aus, dass die Steuerpflicht für die mit diesem Vertrag verbundenen Aufgaben entfalle, wenn die Aufgabe von der LVSH übernommen würde. Die errechneten Einsparungen würden durchschnittlich 100.000 € betragen.

Den Einsparungen stünden auch zusätzliche Betriebskosten gegenüber. Die aufgeführten Kosten von 150.000 € stellten die Kosten der GMSH für die Erstellung des Jahresabschlusses und die Prüfungskosten durch einen externen Prüfer dar. Insgesamt sei davon auszugehen, dass die genannten Einsparpotenziale die untere Grenze des Möglichen darstellten.

Sodann legt Herr Ellerbrock den Standpunkt des Personalrats der GMSH dar. Dabei verweist er auf die detaillierte gemeinsame Stellungnahme des Gesamtpersonalrats und der Geschäftsführung, die dem Finanzministerium im Dezember zugekommen sei. Der Personalrat begrüße den Gesetzentwurf in Übereinstimmung mit der Geschäftsführung.

Auf die Frage des Abg. Eichelberg, warum das geplante Vorhaben angesichts der Kosteneinsparungen nicht schon früher umgesetzt worden sei, antwortet St Döring, das ursprüngliche Modell sei von anderen Voraussetzungen ausgegangen.

Die Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Kähler, schließt die gemeinsame Sitzung um 13:35 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer